

Rechtsverordnung des Regierungspräsidiums
Tübingen zum Schutze der Grundwasserfassung
der Gemeinde Balzheim, Alb-Donau-Kreis, auf
Gemarkung Oberbalzheim im Gewann "Sinninger
Feld" vom 31. 1. 1979

(Wasserschutzgebiets-VO "Sinninger Feld")

Auf Grund des § 19 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) i.d.F. der Bekanntmachung vom 16. 10. 1976 (BGBl. I S. 3017), der §§ 96 Abs. 2 Nr. 2 und 110 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg i.d.F. vom 26.4.1976 (Ges.Bl.S. 369) wird verordnet:

§ 1

Wasserschutzgebiet

- (1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Grundwasserfassung der Gemeinde Balzheim auf Flurstück Nr. 837 der Gemarkung Oberbalzheim ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.
- (2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in drei Schutzbereiche: In den Fassungsbereich (Zone I), die engere Schutzzone (Zone II) und die weitere Schutzzone (Zone III).

§ 2

Umfang der Schutzzonen

- (1) Der Fassungsbereich (Zone I) ist die unmittelbare Umgebung der Wasserfassung auf Flst.Nr. 837.
Der Fassungsbereich (Zone I) wird begrenzt:
Im Norden durch die südliche Grenze des Flst.Nr. 838,
im Süden durch die nördliche Grenze des Flst.Nr. 836,
~~im Westen durch den Feldweg Nr. 194 und im Osten durch~~
eine dem Feldweg Nr. 194 nahezu parallel verlaufende Linie
in einer Entfernung von 19 m vom bestehenden Schachtbrunnen.

- (2) Der Fassungsbereich wird von der engeren Schutzzone (Zone II) umschlossen. Zu ihr gehören auf Gemarkung Oberbalzheim, Alb-Donau-Kreis, die Flurstücke Nr. 842, 841, 840, 839, 838, der westliche, ca. 2/3 große Teil des Flurstücks 837, die Flurstücke Nr. 836, 835, 834, 833, 831, 847, 846, 845, 844 und auf Gemarkung Sinnigen, Gemeinde Kirchberg an der Iller, Landkreis Biberach, die Flurstücke Nr. 3691, 3692, 3693 und der nördliche, ca. 120 m lange Teil des Flurstücks Nr. 3697, sowie Wege, Wasserläufe und Gräben, soweit sie auf beiden Seiten von diesen Flurstücken umgeben sind.

Die engere Schutzzone wird begrenzt:

Im Norden durch den Wassergraben Nr. 821 und den Bach Nr. 2 (Moosbach), im Süden durch die nördliche Grenze des Gemeindeverbindungsweges Nr. 3677 und die nördliche Grenze des Flurstücks Nr. 3693/1 und im Westen durch den Giesenbach.

- (3) An die engere Schutzzone schließt sich die weitere Schutzzone (Zone III) an. Zu ihr gehören auf Gemarkung Oberbalzheim die Flurstücke Nr. 822, 823, 824, 825, 827, 828, Gebäude 35 die Flurstücke Nr. 829, 830, 274/1 mit Gebäude 31/1, 274/2 mit Gebäude Obere Au 2 und 2a, Feldweg Nr. 38, Gebäude 31, die Flurstücke Nr. 271/2, 273/1 und Feldweg Nr. 193 sowie auf Gemarkung Sinnigen Gemeinde Kirchberg an der Iller, Landkreis Biberach die Flurstücke Nr. 3679, 3680, 3681, 3682, 3683, 3684, 3685, 3686, 3687, 3688, 3689, 3690 (Weg), 3693/1 mit Gebäude 2 und 2a, Weg 3694, Flurstück Nr. 3695, mit Gebäude 1 und 1a, die Flurstücke Nr. 3697 südlicher Teil mit Gebäude 3 und 3a, 3698, 3699, 3700, 3701, 3702, 3704, 3705, 3706, sowie Wege, Wasserläufe und Gräben, soweit sie auf beiden Seiten von diesen Flurstücken umgeben sind.

Die weitere Schutzzone (Zone III) wird begrenzt:

Im Westen durch die Hauptstraße 1 (Landesstraße L 1260) und den Feldweg Nr. 3678, der parallel zur Hauptstraße 1 verläuft;

im Norden durch den Wassergraben Nr. 821 und den Bach Nr. 2 (Moosbach),
sowie die südlichen Grenzen der Flurstücke Nr. 272/2 und 328;
im Osten durch die westlichen Grenzen der Feldwege Nr. 31 und 3707;
im Süden durch die nördliche Grenze des Gemeindeverbindungs-
wegs Nr. 3677.

- (4) Aufgliederung und örtliche Begrenzung des Wasserschutzgebietes und der Schutzzonen sind in einer Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000, ausgefertigt am 5.2.1976 und in einer Karte im Maßstab 1 : 2 500, ausgefertigt am 6.2.1976, dargestellt und zwar der Fassungsbereich rot, die engere Schutzzone gelb und die weitere Schutzzone grün. Die Karten sind Bestandteil dieser Rechtsverordnung und beim Regierungspräsidium Tübingen niedergelegt. Weitere Fertigungen liegen bei den Bürgermeisterämtern Balzheim, Alb-Donau-Kreis und Kirchberg an der Iller, Landkreis Biberach, sowie bei den Landratsämtern Biberach und Alb-Donau-Kreis auf. Sie können dort während der Dienststunden eingesehen werden.

§ 3

Schutzbestimmungen

- (1) Für die Schutzzonen gelten die in den §§ 4 bis 7 aufgeführten Verbote und Duldungspflichten. Alle Schutzbestimmungen, die für die weitere Schutzzone gelten, gelten auch für die engere Schutzzone und für den Fassungsbereich; für den Fassungsbereich gelten auch die Schutzbestimmungen für die engere Schutzzone. Die Verbote gelten nicht für Maßnahmen der Gemeinde Balzheim, die der Wassergewinnung oder der Wasserversorgung dienen; von solchen Maßnahmen ist das Regierungspräsidium Tübingen rechtzeitig vorher zu unterrichten.

- (2) Die örtlich zuständige Untere Wasserbehörde (Landratsamt Alb-Donau-Kreis, Landratsamt Biberach) kann im Einzelfall von den Bestimmungen der §§ 4 - 6 Ausnahmen zulassen, wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern oder eine Verunreinigung der Gewässer oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften durch besondere Schutzvorkehrungen nicht zu besorgen ist.

§ 4

Schutz des Fassungsbereichs

- (1) Im Fassungsbereich (Zone I) ist jegliche Verletzung der belebten Bodenschichten und der Deckschichten verboten.
- (2) Die Flurstücke dürfen nur für Zwecke der Wasserversorgung als Wald oder als Grünland genutzt werden. Die Düngung mit Wirtschaftsdünger (Mist, Pferchdung, Jauche, Fäkalien) oder Handelsdünger und die Verwendung von chemischen Schädlings- oder Unkrautbekämpfungsmitteln ist verboten.
- (3) Das Betreten des Fassungsbereichs ist nur den Beauftragten der Gemeinde Balzheim und den zuständigen Behörden gestattet.

§ 5

Schutz der engeren Schutzzone

In engeren Schutzzone (Zone II) sind verboten:

1. die Errichtung baulicher Anlagen im Sinne der Landesbauordnung für Baden-Württemberg i.d.F. vom 30.7.1972 (Ges.Bl.S. 351);
2. die Herstellung von Erdaufschlüssen wie Gruben, Bohrungen, Schürfungen von mehr als 1 m Tiefe sowie die Herstellung neuer und die wesentliche Änderung bestehender Wassergräben; die Befugnis zur Reinigung bestehender Gräben bleibt unberührt;

3. der Neubau und die wesentliche Änderung von Straßen sowie die Verwendung von Teer für Bauarbeiten an Straßen und Wegen;
4. die Errichtung von Sport-, Zelt-, Bade- und Parkplätzen sowie das Abstellen von Wohnwagen und das Wagenwaschen;
5. das Anlegen von Kleingärten und Gartenbaubetrieben;
6. das Lagern oder Ablagern von wassergefährdenden festen oder flüssigen Stoffen wie Schutt, Müll, Schlamm, Dung, Öle, Treib- und Giftstoffe, ferner das Vergraben von Tierkadavern sowie das Auffüllen bestehender Gruben und Torfstiche mit wassergefährdenden Stoffen;
7. das Ausbringen organischer oder mineralischer Düngemittel, wenn die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht;
das Ausbringen von flüssigem Wirtschaftsdünger;
8. das Verlegen von Abwasserkanälen;
9. die Intensivbeweidung, Viehansammlungen (Weidehütten, Pferche, Melkstände);
10. die Anlage von Aborten, Dunggruben, Komposthaufen, Dunghaufen, Hackfruchtmieten und dergleichen.

Die Anwendungsverbote und -beschränkungen in der "Verordnung über Anwendungsverbote und -beschränkungen für Pflanzenschutzmittel" in der Fassung vom 31. 5. 1974 (BGBl. I S. 1204), geändert durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung über Anwendungsverbote und -beschränkungen für Pflanzenschutzmittel vom 7.4.1977 (BGBl. I S. 564), sind zu beachten, Soweit dort die Anwendung nach Maßgabe der Vorbemerkung zulässig ist, ist zuständige Behörde das Regierungspräsidium Tübingen.

....

§ 6

Schutz der weiteren Schutzzone

- (1) In der weiteren Schutzzone (Zone III) sind verboten:
1. der Bau von Rohrleitungen zur Beförderung von Treibstoffen oder Ölen; ausgenommen sind Rohrleitungen innerhalb von Wohn- und Betriebsgrundstücken, sofern sie durch ausreichende Sicherheitsvorkehrungen gegen ein Austreten von Flüssigkeiten in den Untergrund geschützt sind;
 2. das Einleiten von biologisch abbaubaren Abwässern in oberirdische Gewässer, wenn die Abwässer nicht ausreichend gereinigt sind;
 3. das Einleiten von biologisch nicht abbaubaren schädlichen oder giftigen Abwässern (z.B. arsenhaltige, bleihaltige, chromsaure, cyanidische, phenolhaltige, radioaktive oder durch Teerstoffe oder Düngemittel verunreinigte Abwässer) in oberirdische Gewässer, wenn die Abwässer nicht ausreichend gereinigt sind;
 4. Handlungen, die das Eindringen von Treibstoffen, Ölen, giftigen Stoffen (auch wassergefährdende Verwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln), radioaktiven Stoffen, Trübungs-, Farb-, Geruchs- und Geschmacksstoffen oder anderen wassergefährdenden Stoffen in oberirdische Gewässer oder in das Grundwasser ermöglichen;
 5. die Verwendung von wassergefährdenden Kaltbindemitteln zum Straßen- und Wegebau, sofern nicht nur kleinere Ausbesserungen vorgenommen werden;
 6. das Befördern von Kernbrennstoffen und radioaktivem Material;
 7. das Anlegen oder wesentliche Erweitern von Friedhöfen;
 8. die Entnahme von festen Stoffen wie Steinen, Kies, Sand, Ton, Torf, Humus aus dem Erdreich;
 9. a) das Errichten und Betreiben von Abwasserbehandlungsanlagen;
b) die Abwasserbehandlung, Abwasserverregnung, Untergrundverrieselung, Abwassergruben und Sandfiltergräben;

- c) das Versickern von Abwasser einschließlich des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Wassers sowie das Versickern von Kühlwasser oder entwärmtem Wasser;
 - d) das Versenken von Abwasser, Kühlwasser oder entwärmtem Wasser und das von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Niederschlagswassers;
10. das Errichten und Betreiben von Anlagen zum Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten; ausgenommen sind Anlagen, wenn
- a) die Lagerbehälter doppelwandig sind oder als einwandige Behälter in einem flüssigkeitsdichten Auffangraum ohne Abläufe stehen;
 - b) Undichtheiten der Behälterwände bei oberirdischen Behältern, ohne Auffangraum und bei unterirdischen Behältern durch ein Leckanzeigergerät selbsttätig angezeigt werden;
 - c) Auffangräume nach Buchstabe a) so bemessen sind, daß die dem gesamten Rauminhalt der Behälter entsprechende Lagermenge zurückgehalten werden kann;
 - d) der Rauminhalt eines unterirdischen Lagerbehälters 40.000 l, eines oberirdischen Lagerbehälters 100.000 l nicht übersteigt.
- (2) Die Anwendungsverbote und -beschränkungen in der "Verordnung über Anwendungsverbote und -beschränkungen für Pflanzenschutzmittel" i.d.F. vom 31. 5.1974 (BGBl. I S. 1204), geändert durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung über Anwendungsverbote und -beschränkungen für Pflanzenschutzmittel vom 7.4.1977 (BGBl. I S. 564), sind zu beachten. Soweit dort die Anwendung nach Maßgabe der Vorbemerkung zulässig ist, ist zuständige Behörde das Regierungspräsidium Tübingen.

§ 7

Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb
des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte

der Gemeinde Balzheim und der zuständigen staatlichen Behörden die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten, Beobachtungsstellen einrichten, Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzbereiches aufstellen und den Fassungsbereich umzäunen.

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

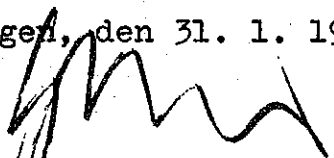
Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften der §§ 4 bis 7 können nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes mit Geldbußen bis zu DM 100.000,-- geahndet werden.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

u
Tübingen, den 31. 1. 1979


Dr. Gögler
Regierungspräsident